

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Russland: Die russische Regierung hat die russische Armee in der Ukraine auf den Stand von Anfang 1918 zurückgeführt. Die russische Armee hat die Ukraine bis zum 1. Februar 1918 zurückgewonnen. Die russische Armee hat die Ukraine bis zum 1. Februar 1918 zurückgewonnen.

Nr. 37

Mittwoch, den 13. Februar 1918

13. Jahrgang

Wichtige Beratungen beim Kaiser.

Unsere Verhandlungen mit Rumänien. — Eine neue Rede Wilsons.

Zur Lage.

Die einseitige Erklärung Trojks über die Beendigung des Kriegszustandes unter Verzicht auf einen formellen Friedensvertrag hat eine eigentümliche Lage geschaffen. Ueber die Folgen dieser Erklärung, die sich daraus für Deutschland ergeben, sind gegenwärtig Verhandlungen zwischen der politischen Leitung des Reiches und der Obersten Heeresleitung statt. Als Grundlage für die weiteren Beziehungen zu Rußland wird Trojks Erklärung nicht betrachtet. Während Trojks durch seine Erklärung gebunden ist, bleibt für uns die volle Handlungsfreiheit gewahrt. Für etwaige Verhandlungen kommt weder Petersburg, noch ein neutraler Ort in Betracht. Die Unsicherheit der Verhältnisse in Petersburg hat zu der Erwägung geführt, ob es nicht ratsam sei, die dort weilende deutsche Kommission zurück zu berufen. Es soll Trojks überlassen bleiben, falls er auf Beziehungen Rußlands zu Deutschland Wert legt, Mitteilungen über das, was er will, nach Berlin gelangen zu lassen.

Beratungen beim Kaiser.

Reichskanzler Dr. Graf von Hertling und Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann haben sich heute Mittwoch zum Vortrag beim Kaiser im Großen Hauptquartier.

Besprechungen in Berlin.

Die Führer der Vierbündeligen haben Dr. Hertling endgültig verlassen. Herr v. Kühlmann, Graf Czernin und Ministerpräsident Radaskawow trafen in Berlin zu Besprechungen ein. Aufgabe dieser Beratungen war es, zu der Breslauer Erklärung Trojks Stellung zu nehmen und die weiteren Maßnahmen politischer und militärischer Natur danach einzurichten. Der „B. Z.“ zufolge muß daran festgehalten werden, daß unsererseits der Trojkschen Erklärung bisher nicht zugestimmt worden ist. Es liegen auch Beweise dafür vor, daß das Versprechen Trojks und Benjns, aus den Resten der russischen Armee eine Armee der Roten Garde im Innern zu bilden, die auf 1 Million Mann zu bringen hoffen, zur Ausrichtung ihrer Herrschaft in den Randstaaten dienen soll.

Eine gewisse Befriedigung für diese Anschauung kann man in folgender Meldung erblicken:

Widerruf des Abrüstungsbeschlusses.

Wie die gestrigen Berliner Blätter melden, hätte der russische Oberbefehlshaber Krylenko, dessen angebliche Gefangennahme durch polnische Truppen sich nicht bewahrheitet, in Gemeinschaft mit dem Mitglied des Obersten Kollegiums, Florowski, in einem Funkpruch „an alle“ den russischen Soldaten Mitteilung von dem Demobilisierungsbeschlusse gemacht: Frieden, Frieden, Frieden; der Krieg ist beendet! So hieß es in dem Spruch, der mit der Aufforderung schloß, die Disziplin zu wahren und durch keine Ausschreitungen die Friedensfeier zu stören.

Drei Stunden nach der Ausgabe dieses Funkpruches erging ein neuer Befehl Florowskis, die Verbreitung der Mitteilung einzustellen.

Der Kriegsverlängerer Lloyd George.

W. Z. B. teilt mit: Durch den Friedensschluß mit der Ukraine und zugleich mit der Friedenserklärung Trojks ist die russische Dampfwalze, welche sich seit August 1914 auf dem Wege nach Berlin und Wien befand und von Lloyd George trotz mehrfachen Versagens rücksichtslos immer wieder gehetzt wurde, endgültig liegengeblieben. Das Dematerial mußten die Millionen russischer

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 13. Februar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und deutscher Kronprinz. Stärkere Erkundungsabteilungen, die der Feind nördlich von Lens und nördlich vom Omignonbach ansetzte, wurden im Nahkampf abgewiesen.

Im übrigen blieb die Gefechtsstätigkeit auf kleine Erkundungen und Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz u. Herzog Albrecht. Nach heftiger Feuersteigerung zwischen Fliery und Mosel stießen mehrere französische Kompagnien bei Remenauville und im westlichen Teile des Priesterwaldes gegen unsere Linien vor. Nach kurzem Kampf wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Gefangene blieben in unserer Hand.

Am Sankelkopf und Hartmannswellerkopf Artillerie- und Minenkampf.

In Vergeltung feindlicher Bombenwürfe in Saarbrücken am 5. d. Mts. griffen unsere Flieger gestern Abend die Festung Nancy mit Erfolg an.

Mazedonische Front.

Bei Monastir und am Wardar Artillerie- und Fliegerstätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Krieger heuern, die für englische Eroberungsziele nutzlos ihr Blut vergossen und ihr eigenes Land in namenloses Unglück stürzten. Der Kriegsverlängerer Lloyd George hat umsonst versucht, aus dem militärischen Zusammenbruch Rußlands noch in letzter Stunde zu retten, was zu retten war. Die Siege Hindenburgs und Ludendorffs und des unvergleichlichen Volksheroes verdrängen ihm ein für allemal seine Rechnung und erreichen, daß aus dem Zweifrontenkrieg der Deutschlands Untergang bringen sollte, der Einfrontenkrieg geworden ist, für dessen Weiterführung den englischen Premierminister allein die Verantwortung trifft. Die Ströme von Blut, die nach der Kriegserklärung von Versailles noch verfloßen werden sollen, werden lediglich auf den Willen dieses Mannes hin fließen, der der imperialistischen Ziele Englands wegen der ganzen Welt, den Kriegführenden sowohl wie den Neutralen, die Hoffnung und den Traum des langersehnten allgemeinen Völkervertrages zerstört hat.

Eine Kriegrede des englischen Königs.

Die englische Parlamentskammer wurde gestern in London vom König und der Königin eröffnet. In der Thronrede heißt es: Die Ziele, für welche ich und meine Verbündeten kämpfen, wurden kürzlich in einer Erklärung von meiner Regierung dargelegt, die eine gerechte Grundlage für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes, die Wiederherstellung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens schuf. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechte Forderung nach Wiedergutmachung der begangenen Uebeltaten und nach Garantien gegen ihre unprovokierte Wiederholung. Bis zur Anerkennung der einzigen Grundlage, auf welcher ein gerechter, ehrenvoller Frieden geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, aber die wir versagen, fortzusetzen. Ich habe die Vertreter meiner Dominionen und meines indischen Kaiserreiches zu einer weiteren Session des königlichen Kriegeskabinetts eingeladen, um wiederum ihre Ratschläge in den wichtigsten, die gemeinsamen Interessen des Reiches berührenden Fragen zu erhalten. Der Kampf, in dem wir beiderseits sind, hat ein kriegerisches Stadium erreicht, das mehr als je unsere Energie und Hilfsmittel beansprucht. Ich empfehle Ihrem Patriotismus vertrauensvoll die Maßregeln, welche Ihnen vorgelegt werden, an.

Rumänien's trauriges Schicksal.

Die Basler Nationalzeitung schreibt über das Schicksal Rumänien's: „Mit Riesenschritten erfüllt sich das Schicksal Rumänien's. Nicht mehr auf dem Schlachtfelde, denn der militärische Zusammenbruch liegt schon weit zurück, und weder die Kooperationskämpfe

der französischen Offiziere, noch die tapferen Anstrengungen der sich zweifellos gut schlagenden rumänischen Soldaten konnten etwas daran ändern, sondern politisch infolge der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen durch Rußland und durch das voraussetzliche Ausscheiden dieser Macht aus dem Kreise der Entente. Bieleicht noch nie in der Geschichte hat sich ein Volk in einer traurigeren Situation befunden. Durch eine Handvoll selbststüchtiger, jeglichen Verantwortungsgefühls barer Politiker in den Konflikt hineingetrieben, sieht es sich jetzt nach einem Kriege von kaum anderthalb Jahren zur bedingungslosen Unterwerfung unter den Sieger gezwungen.“

Aufforderung des Vierbundes an Rumänien.

Der Vierbund hat die rumänische Regierung in Jassy aufgefordert, in Verhandlungen einzutreten. Er hat die rumänische Regierung ersucht, bis Mittwochabend mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit sei oder nicht. Die Form eines Ultimatums, welches eine Drohung in sich schließen würde, ist der Aufforderung nicht gegeben worden.

Bulgaren und Rumänen.

Der bulgarische Gesandte in Berlin, Nizow, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der Schweizerischen Telegraphen-Informationsgesellschaft erklärt: „Wenn Rumänien Beharabien nimmt und die Dobrudscha Bulgarien läßt, so sei Bulgarien zufrieden. Die bulgarische Regierung würde einem solchen Vorschlag zustimmen. Rumänien habe ein Recht auf Beharabien. Diese Lösung hätte ihre historische Berechtigung, da sie der Wiederherstellung des Zustandes vor 1878 gleichkäme, in welchem Jahre bekanntlich im Wechsel mit Beharabien Rumänien die Dobrudscha okkupierte. Der Gesandte meinte auch, daß die Mittelmächte einer solchen Lösung keinen Widerstand entgegenzusetzen würden. Durch die Neuordnung würde die endgültige Ruhe auf dem Balkan erreicht werden. Der Gesandte ist hinsichtlich des Ausgangs der noch schwebenden Verhandlungen mit Rumänien entschieden optimistisch, denn er meint, „wenn die Ukraine Frieden schließt, muß Rumänien schon wegen seiner strategischen Lage denselben Schritt tun. Geht der von dem bekannten Geist der Veröhnlichkeit Bulgariens, dürfte die gesuchte Verständigungsformel gefunden werden.“

Militärischer Wahn in Rumänien?

Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Jassy: Die für den 15. Februar ausgeschriebenen Einberufungsbefehle für die im Januar ausgemusterten rumänischen Heerespflichtigen sind aufgehoben. General Ibrurescu hat neben der Ministerpräsidentenschaft das Amt als Armeekommandant übernommen. „Echo de Paris“ meldet: Der Versailler Kriegsrat wird sich in dieser Woche mit der inhaltlichen Seite der Entente veränderten Kriegslage in Rumänien befassen. Der „Tag“ meldet aus Wien: Es muß angenommen werden, daß die Ukraine durch ihre Gebiet keine Transporte von Kriegsmaterial nach Rumänien dulden wird. Das Schicksal Rumänien's werde daher besiegelt, und man kann einen baldigen Abschluß des Friedens mit Rumänien erwarten.

Die Wirkung der Friedensnachricht in Wien.

Dem „Vol. Anz.“ wird aus Wien gemeldet: Gestern Montag ist ganz Wien besaggt. Schon vormittags durchströmten große Menschenmengen die Hauptstraßen der inneren Stadt und der Vorstädte. Die Mittagsblätter, die die Nachricht vom Frieden mit der Ukraine brachten, waren überall ausverkauft und in jedermans Händen. Der Kaiser erfuhr die Nachricht in dem Bogen, der ihn von der stedenbürgischen Front zurückbrachte. Er unterbrach die Fahrt in Budapest, wo in der Matthiastirche ein feierlicher Dankgottesdienst abgehalten wurde. Der Friedensschluß mit der Ukraine hat in ganz Ostgalizien stürmischen Jubel hervorgerufen. Das ukrainische Hauptorgan, „Dzielo“, veranstaltete sofort eine Festausgabe. Die Stadt Demberg und ganz Ostgalizien prangten in Flaggenschmuck. Die russischen Körperschaften veranstalteten Friedensumzüge.

Große Unzufriedenheit der englischen Arbeiter.

Zu den neuerlichen Versuchen der englischen Regierung, zu einer Verständigung mit der Arbeiterklasse über das Heereserlassgesetz zu gelangen, schreiben „Daily News“: Es liegen aberwärtige Beweise für eine latente Unruhe in allen großen Industriekernen vor, die auf eine tiefgehende Unzufriedenheit

60.

denheit und auf Vertrauen gegenüber einer Regierung beruht, die sich unfähig erwies, den Willen der Demokratie auszuführen. Die Demokratien stehen im vollen Gegensatz zu dem Geist und dem Ton der Versailles Erklärung zu den bekannt gewordenen Geheimverträgen und zu der hartnäckigen Beherrschung der Entente-Regierung, ihren Kriegszielen vor der Welt zu verklären.

Damit an der New Yorker Börse.

Auf die New Yorker Börse war der Eindruck der Kabelmeldungen über den Sonderfrieden mit Klein- und Großrußland katastrophal. Unbeschreibliche Szenen spielten sich an der New Yorker Börse ab. Alle Aktien, die überhaupt etwas mit dem Kriege zu tun hatten und alle Kriegslieferungspapiere fielen mit erschreckender Schnelligkeit. Auch der Kurswert des Bundes Sterling, des Lire und des Francs, ausgenommen des Schweizer Francs und der Peseta, erlitten Einbuße, während der Rubel, die Mark und die österreichische Krone langsam zu sinken begannen. Schon Ende letzter Woche, als die Hiobsmeldung von der Versenkung der „Tuscania“ in New York eintraf, stellte sich ein merklicher Kurssturz in amerikanischen Kriegs- und Schiffsahrtaktien auf der Börse ein.

Der russische Staatsbankrott.

Ungültigkeitserklärung aller Anleihen.

Folgendes Telegramm über die Annullierung der russischen Staatsanleihen, angenommen in der Sitzung des Zentralerekutiv-Ausschusses in Petersburg vom 3. Februar, wird veröffentlicht:

1. Alle Staatsanleihen, die von den Regierungen der russischen Bourgeoisie ausgenommen worden sind, werden vom 1. Dezember 1917 a. St. ab für ungültig erklärt, die Dezembercoupons nicht mehr bezahlt.
2. Ebenso werden alle Garantien ungültig, die von diesen Regierungen für Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben worden sind.
3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert.
4. Kurzfristige Obligationen bleiben in Kraft. Procente werden nicht bezahlt. Die Obligationen selbst gelten wie Kreditheime.
5. Minderbemittelte Bürger, die annullierte innere Anleihen bis zu 10000 Rubel besitzen, werden durch Anteile der neuen Anleihe der russischen sozialistischen föderativen Räte-Republik entschädigt.
6. Einlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitze der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen.
7. Ueber Entschädigung von Genossenschaften und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet.
8. Die Vertung der Liquidation der Anleihen hat der Oberste Volkswirtschaftsrat.
9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank.
10. Die Feststellung der Minderbemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Ersparnisse in allen Betrieben zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben worden sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubeln nicht übersteigen.

Damit haben die Maximalisten in aller Form den Staatsbankrott erklärt. Am empfindlichsten werden dadurch England und besonders Frankreich betroffen. So werden die russischen Anleihen, die schon vor dem Kriege in Rußland untergebracht worden waren, auf über 20 Milliarden Franken geschätzt, eine Summe, die sich durch eine Reihe von Kriegskrediten, zu denen sich auch Frankreich wohl oder übel verstoßen mußte, erheblich gesteigert hat. Die Engländer verhielten sich etwas vorsichtiger, indem sie sich für ihre Kreditbewilligungen eine russische Goldreserve sicherten, immerhin dürften auch sie durch die „ausnahmslose und bedingungslose Annullierung“ der russischen Auslandsanleihen empfindlich getroffen werden. Auch wir in Deutschland haben noch aus der Zeit vor dem Kriege russische Anleihen im Lande. Ihr Wert beziffert sich auf ungefähr 1,5 Milliarden Mark, und zwar handelt es sich zum größten Teile um Pfandbriefobligationen. Für einige davon dürfte auf Grund des Friedensvertrages die ukrainische Volksrepublik aufkommen, die übrigen Werte müssen natürlich durch den Friedensvertrag, zu dem sich Trotzki oder sein Nachfolger in der Regierung wohl oder übel wird verstoßen müssen, sichergestellt werden.

Eine neue Rede Wilsons.

Für Fortsetzung des Krieges.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Wilson, hat am Montag im Kongreß in Washington eine lange Rede über den Krieg gehalten, die als Antwort auf die letzten großen Reden des deutschen Reichskanzlers Grafen Hertling und des österreichisch-ungarischen Ministers Grafen Czernin gelten soll. Es lohnt sich nicht, die Rede, die zum großen Teile wiederum von der unklaren Phrasologie Wilsons vom Weltfrieden und Völkerverständigung usw. erfüllt ist, in ihrem Wortlaut wiederzugeben. Genug an dem, daß er sagte, daß die Vereinigten Staaten sich entschlossen gegen jeden Frieden wenden werden, und daß die deutschen Militaristen das einzige Element bilden, das einem Weltfrieden im Wege steht. Wilson verglich die Reden von Hertling und Czernin und bezeichnete die Erklärungen Hertlings als unbestimmt und verwirrt. Dagegen sei die Rede Czernins bedeutend freundlicher im Ton gehalten. Czernin scheine das grundlegende Element des Friedens klar zu sehen, er versuche nicht, es zu verdunkeln. Wilson fügte hinzu: Czernin wäre wahrscheinlich noch viel weiter gegangen, wenn er sich durch die Abhängigkeit von Deutschland nicht behindert fühlte. Wilson erklärte zum Schlusse, daß mit einer Autokratie wie Deutschland (1) ein Friede nicht möglich sei. „Unsere Hilfsquellen, so sagte Wilson, sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im ganzen geschehen ist. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung von der Bedrohung und von der Vorherrschaft selbsttätiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbezwinglich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist. Ohne diese Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben, erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen werden fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Kein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung, sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.“

wenden werden, und daß die deutschen Militaristen das einzige Element bilden, das einem Weltfrieden im Wege steht. Wilson verglich die Reden von Hertling und Czernin und bezeichnete die Erklärungen Hertlings als unbestimmt und verwirrt. Dagegen sei die Rede Czernins bedeutend freundlicher im Ton gehalten. Czernin scheine das grundlegende Element des Friedens klar zu sehen, er versuche nicht, es zu verdunkeln. Wilson fügte hinzu: Czernin wäre wahrscheinlich noch viel weiter gegangen, wenn er sich durch die Abhängigkeit von Deutschland nicht behindert fühlte. Wilson erklärte zum Schlusse, daß mit einer Autokratie wie Deutschland (1) ein Friede nicht möglich sei. „Unsere Hilfsquellen, so sagte Wilson, sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im ganzen geschehen ist. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung von der Bedrohung und von der Vorherrschaft selbsttätiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbezwinglich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist. Ohne diese Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben, erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen werden fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Kein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung, sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.“

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 11. Februar.

Die Zweite Kammer trat heute zu ihrer 26. öffentlichen Sitzung zusammen.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation über den Antrag des Abg. Andrae und Genossen betr.

Die Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche.

Abg. Born (kons.)

Schluss namens der Deputation die Annahme des Antrages in nachstehender Form vor: Die Kammer wolle beschließen: I. Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, zum Zwecke einer zur Sicherung der menschlichen Ernährung notwendigen Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche dafür besorgt zu sein, 1. daß A. ausreichendes gutes Saatgut zu angemessenen Preisen sichergestellt wird und daß seine Ablieferung, soweit es noch nicht geschehen ist, rechtzeitig an die Saatgut benötigten Erzeuger erfolgt, B. preiswerte und ausreichende Düngemittel, sowie C. tierische und menschliche Arbeitskräfte, insbesondere Betriebsleiter, zur Verfügung gestellt und D. die nötigen Betriebsmittel zur Inbetriebsetzung von Maschinen, wie Benzol usw. zur gegebenen Zeit bereitgestellt werden, 2. daß die zur Versorgung der Bevölkerung und des Heeres nicht notwendigen Kartoffeln nach der Ernte sobald als möglich den Erzeugern freigegeben werden; II. Die Erste Kammer zum Beitritt zu diesen Beschlüssen einzuladen.

Vizepräsident Freyhdorf (Soz.)

bemerkte, die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß wir rechtzeitig Vorkehrungen treffen müssen, um bezüglich der Ernährung nicht in Bedenken zu geraten. Von einer guten Kartoffelernte sei die menschliche Ernährung abhängig, deshalb sei es auch notwendig, die Anbaufläche zu vergrößern. Die sozialdemokratische Fraktion werde deshalb den Antrag unterstützen. Bei den Beurteilungen der Landwirte dürfe nur soweit gegangen werden, als dies für den Kartoffelanbau notwendig sei. Viele Angehörige der ärmeren Klassen hätten ihre Kartoffelvorräte aus Not aufgegeben, deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß den betr. Personen neben den Rüben auch noch Kartoffeln zugewiesen werden. Zum Schlusse sprach sich der Redner für eine möglichst Herabsetzung des Kartoffelpreises aus.

Abg. Nitzsche (natlib.)

betont, daß die Kartoffel das Rückgrat der Volksernährung sei. Seine Fraktion werde deshalb dem Antrage zustimmen. Bedenken seien allerdings noch bez. der Vorbedingungen für die Bestimmungsmöglichkeiten einer größeren Anbaufläche vorhanden. Bei der Verwendung des Saatgutes dürften die Interessen der Saatguterzeuger nicht denjenigen der Allgemeinheit vorangestellt werden. Seine politischen Freunde hätten die Überzeugung, daß eine gewisse Wirtschaftspflicht eingeführt werden müsse. Es frage sich, ob die Regierung das notwendige Saatgut beschaffen könne und ob die gebrauchten Arbeitskräfte und Betriebsmittel vorhanden seien. In der Deputation habe die Regierung die Meinung vertreten, daß jeder Zwang ausgeschlossen werden müsse. Die Hauptsache sei hier, daß der Zweck erreicht und daß genügende Kartoffelvorräte erzeugt würden. Ein großer Teil der Bevölkerung leide Not, weil ihm gewisse Nahrungsmittel nicht zugeführt werden konnten, die die Arbeiter in den Munitionsfabriken erhalten. Die Arbeiter seien also bei der Nahrungsmittelversorgung vielfach im Vorteil.

Abg. Soger (unabh. Soz.)

ist der Meinung, daß der Antrag im Grunde genommen nichts anderes sei als eine Prämienwirtschaft, durch die man den Kartoffelanbau fördern wolle. Das Saatgut müsse zu niedrigen Preisen beschafft werden, ebenso müßten die Kartoffeln selbst für die Verbraucher zu angemessenen Preisen, und zwar höchstens 8 bis 4 M. für den Zentner vorhanden sein. Das sei das Doppelte des Friedenspreises und immer noch ein anständiger Kriegsgewinn. Die Regierung sei überhaupt nicht imstande gewesen, die Lebensmittelversorgung zu regeln, und durch die Maßnahmen gegen den Schleichhandel

würden die Nahrungsmittel nur noch mehr verteuert. Auch die Arbeiter erhielten Nahrungsmittel zu wucherlichen Preisen. Nach weiterer kurzer Debatte wurde der Antrag der Deputation angenommen.

Kleine politische Meldungen.

Generalfeldmarschall v. Eichhorn, der ruhmreiche Führer der 10. Armee, die zum Teil aus Schlesiern zusammengesetzt, im Kriege mit Ruhland sich unvergängliche Lorbeeren erwarb, feiert heute Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Im Osten hatte Eichhorn gleich an einer der ersten und zugleich einer der größten Waffentaten bedeutenden Anteil, nämlich an der Winternacht in Masuren. Ihm ist auch in der Hauptsache die Wundlung dieses Erfolges zu danken: er zwang die Festung Kowno, durch deren Fall der ganze, fast für unerschütterlich gehaltene Festungsgürtel bloßgelegt wurde, er eroberte Wilna und ließ die Spitzen seiner Kavallerie bis an die Ufer der Beresina streifen. Aber auch der friedlichen, dem Wiederaufbau der Kultur gewidmeten Tätigkeit des Generalfeldmarschalls muß gedacht werden. Er fand Zeit, sich mit den Angehörigen der Bevölkerung Litauens eingehend zu beschäftigen, und eins der Schönsten von den deutschen Behörden geschaffenen Kulturwerke in Litauen, die kunstverwärtlich und sozial bedeutsamen Wilnaer Arbeitsstudien, ist seiner persönlichen Anregung zu verdanken.

Hans Hermann Graf v. Schweinitz und Krain ist gestorben. Mit ihm ist ein erfolgreicher Kolonialpolitiker aus dem Leben geschieden. Nach sechsjähriger Offizierslaufbahn wählte er sich kolonialen Aufgaben, übernahm die Leitung der Antislavereikommission im Jahr 1891 in Tabora ein und rettete dort die deutsche Station vor Vernichtung durch die Aufständigen. Er kämpfte mit den Eingeborenen gegen den Sultan Siki und wurde bei diesen Kämpfen durch einen Brustschuß schwer verwundet. Später lehrte er in die Heimat zurück. Seit 28 Jahren stand er an leitender Stelle der Kolonialgesellschaft. Während des Krieges begründete er die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft, dessen erster Vorsitzender er wurde.

Eine neue tschechische Partei, die tschechische staatsrechtliche Demokratie, ist im österreichischen Parlament unter dem Vorherrsche des Abgeordneten Aramarsch gebildet worden.

Wahrgelung widerwärtiger Diplomaten. Der russische Botschafter in London geht von Petersburg die Nachricht zu, daß die Maximalisten das Vermögen und Eigentum einer Reihe von russischen Gesandten und Legationsbeamten bei den ausländischen Gesandtschaften beschlagnahmt haben. Es kommen alle russischen Gesandtschaften in Betracht, die sich befinden, die maximalistische Regierung anerkennen. Zu ihnen gehören die Botschafter bzw. Gesandtschaften in London, Paris, Haag, Washington, Rom, Madrid, Peking und Tokio. Allen diesen ist das Betreten russischen Bodens unter Androhung sofortiger Verhaftung verboten.

General Alexejew droht die Maximalisten. Die Wosker Nachrichten melden: General Alexejew verfügt nach einer Petersburger Depesche holländischer Wälder über 85000 Mann Streitkräfte, um gegen die Maximalisten zu ziehen. Rotterdam wurde unter dem Schutze der Rosaken Kolonnen zu Zusammenkünften der Rosakenführer gewählt. Die Maximalisten marschieren gegen Rotterdam.

Die Vorgänge in Finnland. Nach den bei der finnischen Gesandtschaft in Stockholm eingetroffenen Telegrammen nimmt der Terrorismus der Roten Garde in Woborg unbeschreibliche Formen an. Die meisten Privathäuser sind geplündert, die Lebensmittel gestohlen worden, so daß außer bei den Roten Garde große Hungersnot herrscht. Der Erbeiter von Uleaborg, Rittmeister von Ignajew, fragte bei der finnischen Gesandtschaft telegraphisch an, ob von Schweden Hilfe erwartet werden könne. Die russischen Soldaten plündern, töten, brennen und schleichen auf ihre Gefangenen mit Waffengewehren.

Argentinische Kriegspropaganda. Die Neue Zürcher Zeitung meldet: Die Agencia Americana berichtet: Der argentinische Botschafter in Washington reist dieser Tage nach Buenos Aires, um seine Regierung von der Notwendigkeit des Eintritts in den Krieg an der Seite der Vereinigten Staaten zu überzeugen.

Von Stadt und Land.

Aue, 13. Februar.

Wachstum der Kolonialisten, die durch ein Steuerpostengesetz demnächst 1000 M. auf die Rückzahlungen — nur mit genauer Quittungsnote gestattet.

Die wirtschaftliche Lage in Aue im Jahre 1917.

Ueber die Geschäftslage der Stadt Aue und ihrer näheren Umgegend im Jahre 1917 läßt sich im allgemeinen nur Gutes berichten. Zu Anfang des Jahres bis weit in den Sommer hinein drängten sich die Aufträge, sodas vielfach außerordentlich lange Lieferfristen verlangt werden mußten. Durch die großen Anforderungen, die an die Fabriken in Bezug auf Liefermengen gestellt wurden, war es natürlich, daß auch die Preise für alle Artikel weiter anjogen; vielfach wurden auch durch weitere Steigerungen der Rohmaterialienpreise Preisserhöhungen notwendig und herbeigeführt. So kam es, daß wohl nicht nur alle Fabriken, sondern auch mittlere und kleinere Betriebe, auch handwerkliche, gut verdienten. Wenn gegen Ende des Jahres die Aufträge in der Rüstungsindustrie etwas eingeschränkt wurden, so hatte das auf das Gesamtergebnis im Jahre 1917 noch keinen Einfluß, weil ohnehin reichlicher Auftragsbestand mit langen Lieferfristen vorlag. Die vorstehenden Ausführungen treffen sowohl auf die Maschinenfabriken und die Blechindustrie zu, wie auch auf die Metallfabriken und die mit diesen Industrien zusammenhängenden Schmelzwerkzeugfabriken, Schlossereien, Tischlereien usw. Aber auch die Wäschindustrie ist flott gegangen, natürlich bei vollkommener Umstellung der Betriebe auf Verarbeitung von Papierstoffen; doch lagen für diese Fabriken auch noch genügend Heeresaufträge vor, für die nach Baumwollstoffe zur Verfügung gestellt wurden. Die mechanischen Webereien, die infolge vollkommenen Fehlens der Baumwolle eigentlich zum Stillstand verurteilt gewesen wären, stellten sich auch hierorts (Firma S. Wolle) auf Papierverarbeitung um, trotz der damit verbundenen hohen Anlagekosten. Die hier genannte Firma gliederte ihrer Weberei auch eine Papiergarnspinnerei an, die sich gegen Ende des Jahres schon zu einem nennenswerten Umsatze ausgedehnt hatte. Wenn sonach alle Betriebe in dem Bereiche, ihnen selbst wie möglich Beschäftigung zuzuführen, recht erfolgreich waren, so ging damit Hand in Hand die vollkommene Beschäftigung aller vorhandenen Arbeitskräfte. Ja, es trat sogar hierin im Laufe des Jahres ein Mangel ein. Dadurch wiederum und auch bedingt durch die steigende Erwerbslosigkeit der Preise aller Lebens- und sonstigen Bedarfsmittel nahm die Entlohnung der Arbeitskräfte eine immer weiter steigende Tendenz an, und es wurden gegen Ende des Jahres für Facharbeiter bis dahin unüblich hohe Löhne gezahlt. Daß diese gute Beschäftigung einen günstigen Niederschlag bei der Handelswelt finden mußte, ist selbstverständlich. Es machte sich während des ganzen Jahres in jeder Branche außerordentlich große Aufschwung geltend; die Schärferheit der Handelswelt be-

Neues aus aller Welt.

Das Verschwinden Berliner Hotels. In Berlin werden immer mehr große Hotels für die Zwecke der verschiedenen Reichsämter und Kriegsgesellschaften angekauft. So soll jetzt das altberühmte Hotel Kaiserhof an das neue Reichswirtschaftsamt veräußert werden. Das Hotel bedeckt etwa 800 Quadratruten Fläche und ist das einzige, das vier Straßenfronten hat. Das neue Reichswirtschaftsamt wird nicht allein viele Büroräume brauchen — und in dieser Hinsicht besitzt das Hotel allein 300 benutzbare Zimmer —, sondern auch große Empfangs- und Sitzungssäle, die ohne daß größere Umbauten notwendig wären, in dem Hotel reichlich vorhanden sind. Mit dem Hotel „Kaiserhof“ würde eines der ältesten modernen Berliner Hotels, dessen Geschichte bis in die Jahre 1870/71 zurückreicht, verschwinden und eine fühlbare Lücke im gesellschaftlichen Leben Berlins zurücklassen. Es hat bisher 10 Prozent des Fremdenverkehrs und 25 Prozent des Luxusverkehrs Berlins aufgenommen. Bedenkt man, daß während des Krieges bereits 24 Hotels in Berlin geschlossen wurden, von denen mehrere an Reichsbehörden übergegangen sind, und daß dadurch von den 15 000 Betten, die in den Berliner Hotels zur Verfügung standen, 3 000 in Wegfall gekommen sind, so würde das Verschwinden des Hotels „Kaiserhof“ sehr unangenehm empfunden werden, um so mehr, als sich im Frieden bei dem zu erwartenden starken Fremdenverkehr ein größeres Bedürfnis als je nach guten Hotels bemerkbar machen wird. Mit dem „Kaiserhof“ würde aber auch ein Zentralpunkt des diplomatischen Lebens Berlins verschwinden. Schon Bismarck bezeichnete den „Kaiserhof“ als Stützpunkt des Auswärtigen Amtes, und seitdem haben in seinen Räumen ungezählte Diplomaten gewohnt, haben dort viele politische Konferenzen von weittragender Bedeutung stattgefunden. Der „Kaiserhof“ fällt als ein Opfer der Kriegsverordnungen. Die vielen Beschränkungsmaßnahmen an Heizung und in der Lebensmittelrationierung, der Wäschebeschneidung usw. sind auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen. Die Verluste, die das Unternehmen auch bei seinen Zweigunternehmen in Hamburg und Bremen durch den Krieg erlitten hat, dürften die Gesellschaft nun veranlassen haben, das immerhin beachtliche Angebot — es soll sich um rund 15 Millionen Mark handeln — in ernste Erwägung zu ziehen.

Eine wahre Hamstergeschichte. Bei einem Bauer in einem Dorfe des sachsenanhaltinischen Landes erscheint ein Hamster und bietet für einen Schinken 300 Mark. Der Bauer hatte zwei Schinken auf Lager und läßt sich dafür 600 Mark (1) bezahlen. Er freut sich über den Gewinn auf einen Tausend mark Schein 400 Mark zurück. Eine Stunde später erkennt er, daß der Schein falsch ist. Des Hamsters hatte außer den Schinken noch 400 Mark barer Geld erbeutet.

Einbruch in das Adlner Zollamt. Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde im Antonierhof in Adln verübt, wo Diebe in das Zollamt eindringen und große Summen erbeuteten. Es steht fest, daß es sich um Beträge handelt, die 250 000 Mk. übersteigen. Dort waren Diebe bereits am 21. November d. J. durch den Keller eingedrungen, nachdem sie die schweren Schlösser erbrochen hatten. Damals waren den Diebstahl 65 000 Mark in die Hände gefallen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Einschränkung des Schweizer Eisenbahnverkehrs. Die Basler Nachrichten melden: Der Bundesrat beschloß heute, die Einschränkung im Zugverkehr am 1. März einzuführen. Diese bedeute gegenüber dem bisherigen Verkehr eine Einschränkung von etwa einem Drittel. Der Schnellzugverkehr an Sonntagen wird vollständig aufgehoben. Auch Personenzüge fallen aus.

Letzte Drahtnachrichten.

20 000 Tonnen versenkt!

(Kontsch.) Berlin, 12. Februar. Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 Bruttoregistertonnen. Die versenkten Schiffe waren meist tiefbeladen. Unter ihnen befanden sich zwei große Dampfer von etwa 5000 Bruttoregistertonnen, deren einer der Bibby-Brite angehörte. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Unsere Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 12. Februar. Wie wir erfahren, ist die durch die Agence Havas verbreitete Meldung von einem Ultimatum der Deutschen an die rumänische Regierung nicht zutreffend. Wichtig ist, daß Generalfeldmarschall von Mackensen mit der rumänischen Heeresleitung in Verhandlungen eingetreten ist, um die Entscheidung über das Fortbestehen des feinerzeit mit dem General Tscherbatschew abgeschlossenen, für Rumänien und Rumänen gemeinsamen Waffenstillstandes herbeizuführen, nachdem durch das augenblickliche Verhältnis zwischen Rumänien und Rumänen eine Klärung dieser Frage notwendig geworden ist.

Sonderbare Dokumente.

Berlin, 11. Februar. Das Pariser Journal du Peuple verlangt dringend Aufklärung über die Quelle der vom Paris seit einigen Tagen veröffentlichten Dokumente, welche beweisen sollen, daß die Führer der russischen Maximalisten von Deutschland große Summen erhalten hätten. Der Herausgeber dieser Nachrichten, Bernhard Taff, sei Militärarzt in einem Pariser Hospital. Man müsse sich fragen, von wem und wie er die in Frage stehenden Dokumente erhalten habe, deren Inhalt teilweise lächerlich und lügenhaft sei, wie zum Beispiel eine von ihm zitierte Diktatur der Reichsbank, wonach Lenin und Trotski von Rußland aus bei den Agenten deutscher Banken in der Schweiz Gelder verlangen sollten. Man dürfe nicht vergessen, daß sich damals, am 2. März 1917, Lenin in der Schweiz und Trotski in Amerika aufhielten. Die Wahrheit der anderen Angaben sei also sehr in Zweifel zu ziehen.

Pressstimmen zu Wilsons Rede.

Berlin, 12. Februar. Zu Wilsons Antwort an Hertling und Czernin sagt der „Votaleiniger“: Wenn Wilson die Rede des Grafen Hertling wage und verwirrend findet, so wird man eher sagen können, daß der trübe Strom seiner Verehrtheit auch diesmal nach Mißlichkeit undurchsichtig gehalten ist. Der Gerichtshof der Menschheit, den er als maßgebend für die Geltung seiner Prinzipien erklärt, ist doch nur eine phrasenhafte Verschleierung dessen, daß die Mittelmächte am Verhandlungstisch durch die beiden angelsächsischen Mächte majorisiert werden sollen. Worauf das praktisch hinauslaufen würde, sei durch die freundliche Absicht Wilsons belegt, unsere deutsche Ostmark von uns loszureißen. — In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird gesagt, der neue Ton in den Äußerungen des Prä-

sidenten der Vereinigten Staaten sei entschieden ein Fortschritt, sachlich biete jedoch die Volkswirtschaft nichts Neues. Nicht wir und unsere Bundesgenossen sind es, die dem Frieden Hindernisse bereiten, sondern die eigenen Bundesgenossen Wilsons. Herr Wilson müßte sich zuerst an seine Bundesgenossen wenden, um sie für seine Prinzipien zu gewinnen, von denen sie bisher nichts wissen wollten. Bisher laufen seine Vorschläge auf nichts anderes hinaus als die Welt zu einem angeführten Frieden zu zwingen; er würde keinen Dauerfrieden, sondern eine Tyrannenherrschaft Englands und der Vereinigten Staaten bedeuten.

Zum Frieden mit Rußland.

Kopenhagen, 12. Februar. Sozialdemokraten schreiben: Der Friedensschluß mit Rußland, der unmittelbar dem Frieden mit der Ukraine folgt, ist von weitgehender Bedeutung. Der Friedensschluß mit Rumänien ist nun noch eine Frage der Zeit, und damit ist der Frieden auf der ganzen Ostfront Tatsache. Mit einem Schläge hat der Charakter des Krieges gewechselt. Die Mittelmächte haben zukünftig nur noch auf einer Front zu kämpfen, und dies bedeutet eine mächtige, entscheidende Stärkung. Den Westmächten muß es nun klar sein, daß sie nicht siegen können. Wenn sie jemals derartige Hoffnungen gehegt haben, so sollte dies nach dem Friedensschluß in Osten nicht mehr der Fall sein.

Die Vorgänge in Finnland.

Stockholm, 12. Februar. (Meldung des Svenska Telegram Byran.) Die weißen Korps in Wasa telegraphierten am 11. Februar: Lebhafter Kampf zwischen Mänharju und St. Andre. Der Feind griff heftig die Stellung der Weißen Garde an. Tausende roter Garbisten verließen Tammerfors in der Richtung nach Rumovevi, plünderten in unglaublicher Weise alle Bauernhöfe und töteten die Einwohner. Es wird behauptet, daß der Minister des Außen und der Minister des Innern von verzweifelten weißen Garbisten getötet worden seien.

Türkische Frauenbataillone.

Konstantinopel, 12. Februar. Die osmanische Vereinigung für Frauenarbeit veröffentlicht einen Aufruf, worin alle Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren geladen werden, sich für die kirchlich geschaffenen Arbeiterbataillone einschreiben zu lassen. Das Offizierskorps und das Aufsichtspersonal werden anfänglich aus Männern bestehen, die stufenweise durch Frauen ersetzt werden. Das Bataillon wird täglich 8 Stunden hinter der Front arbeiten.

Ein Tunnel von Europa nach Asien.

Konstantinopel, 12. Februar. Der Bautenausschuß der Kammer hat für den Gesetzentwurf, betreffend einen Vertrag mit einer Budapestler Firma über Vorarbeiten für eine Brücke und einen Tunnel von Europa nach Asien, einen Kredit von 10000 Pfund angenommen. Die Arbeiten sollen im April beginnen.

Beisetzung Abdul Hamids.

Konstantinopel, 12. Februar. Die Beisetzung des ehemaligen Sultans Abdul Hamid hat im Mausoleum seines Großvaters, des Sultans Mahmud, stattgefunden. Der Leichenzug, vom Sarail-Palast ausgehend, war der eines regierenden Fürsten.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selmann. — Druck und Verlag: Auer-Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Amtliche Bekanntmachungen.

Aue. Bierauschank betr.

Schankwirte und Bierhändler machen wir auf die Verordnung des Kriegsernährungsamts vom 24. Januar 1918 über Bier und bierähnliche Getränke aufmerksam. Wie verweisen besonders auf § 5 der Verordnung, der lautet:

Die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften sowie von anderen Betrieben, die Bier oder bierähnliche Getränke offen oder in Flaschen oder anderen Gefäßen im Kleinverkauf abgeben, haben durch deutlich sichtbaren Aushang in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Verkaufspreise für diese Getränke in den zum Ausschank oder Verkauf kommenden Mahen bekanntzugeben. Die angelegten Preise dürfen nicht überschritten werden.

Wer diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, wird mit Geldstrafe bis 150 Mark bestraft.

Wer die angelegten Preise überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt.

Aue, den 12. Febr. 1918. Der Rat der Stadt.

Jschorlau. Grundsteuer.

Der erste Termin Staats- und Gemeindegroßgrundsteuer ist fällig und bis zum 20. Februar zu bezahlen.

Jschorlau, den 1. Febr. 1918. Der Gemeindevorstand.

Oeffentliche Handelslehranstalt zu Zwickau.

Beginn des 72. Schuljahres am 8. April 1918.

I. Höhere Handelsschule.
Abteilung A: Einjähriger wissenschaftlicher Fachkursus mit vollem Tagesunterricht für junge Leute im Besitz des einj.-Freim.-Zeugnisses und für Mädchen mit höherer Mädchenschulbildung.

Abteilung B: Dreijährige Abteilung mit vollem Tagesunterricht und dem Ziele der wissenschaftlichen Befähigung zum einj.-Freim.-Dienst.

II. Handelsschule.
Abteilung C: Dreijährige Lehrlingsabteilung mit 14 bis 21 wöchentlichen Unterrichtsstunden.
Abteilung D: Mädchenabteilung mit vollem Tagesunterricht, einjähriger Fachkursus.
Lehrpläne und Sachungen kostenlos. Anmeldungen werden im Schulgebäude, Georgenstr. 3, entgegen genommen.
Direktor Schlöffer.

Selbständig arbeitende
**Werkstatts-Techniker
und Betriebs-Techniker**
für Metall- und Flugzeugbau,
möglichst mit gründlichen Erfahrungen im Vorrichtungsbau oder in der Blechbearbeitung zu baldigstem Antritt gesucht. Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Angabe der Gehaltsansprüche, des Militärverhältnisses und frühesten Eintrittstermins erbeten an
Junkers-Fokker-Werke A.-G., Dessau.

**Einige tücht. Arbeiter
oder Frauen**
werden eingestellt am Fundamentbau Zweilner Höhe, Aue.
Zu melden beim Polier.

Wir suchen
sofort tüchtige energische
Revisoren
für unsere Abteilung
Geschloßfabrik.
Schreibgewandte Personen werden bevorzugt.
Elitewerke Aktiengesellschaft
Brand-Erbisdorf bei Freiberg i. Sa.

Eine große, unterhaltenen
Wäschemangel
steht zum Verkauf bei
Erich Meyer, Raschau.

**Haftpflichtversicherungs-Gesellschaft
des Hausbesitzervereins Aue.**
Donnerstag, den 21. Februar d. J., abends pünktlich
1/8 Uhr findet im Gasthaus „Ebelweiß“
Hauptversammlung
statt, wozu die Mitglieder hiermit eingeladen werden.
Tagesordnung: Jahres- und Kassenbericht, Ergänzungswahlen, Sonstiges.
Der Gesamtvorstand. F. Markert, Vors.

Die Homöopathische Abteilung
von
Kuntze's Apotheke
bringt ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung.

Kontoristin,
16 Jahr, bew. in Buchf., Kurzschrift u. Maschinenschreiben,
sucht Stellung
in ein. Kontor. Angebote an
Frl. M. Baumann in Wildenfeld, Poststraße 141.

Ein eiserner
Regulierolen
steht zum Verkauf.
Carl Schmalz, Markt 7.

Zöpfe
färbt und repariert billigt
in kürzester Zeit
Hilse Stern
Zölse u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstraße 48 am Wettinplatz
Ausgefallene Frauenhaare
kauft hier
der Obice

**Gardinen und
gebrauchte Sachen**
zu verkaufen. Hotel Eiche.

Herr sucht
möbl. Zimmer
sofort zu mieten.
Angebote unter N. N. 646 an das
Auer Tageblatt erbeten.

Zwei hochtragende
Ziegen
sofort zu verkaufen.
Emil Kaufmann,
Bahnhofstr. 89.